

11. I. 1919

PESTER LLOYD

MORGENBLATT

Bureaus: J. Blockner, B. Eckstein, Györi & Nagy, Jaulus & Co., Gen. Leopold, Ant. Mezel, Rudolf Moose, Jul. Tenzer, Ludwig Nagy, Jos. Schwarz, Generalvertretung des Pester Lloyd für Oesterreich und das gesamte Ausland: M. Dukas Nachfolger A.-G., Wien, Wollzeile 9. — Auch alle anderen empfohlenen Inseratendirektoren in Oesterreich wie im Auslande übernehmen Anzeigen für den Pester Lloyd.

Einzelnummer für Budapest und für die Provinz: Morgenblatt 30 Heller, Abendblatt 20 Heller.

Morgenblatt auf den Bahnhöfen 30 Heller.

Redaktion und Administration: ... Maria Valeria-utca 12. — Manuskripte werden in keinem Falle zurückgestellt. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen.

Budapest, Samstag, 11. Januar 1919

Nr. 10

des Fortschritts und der Arbeit bewahren wolle. Auch an diesem Punkte hat die Revolution versagt. Die Einigkeit innerhalb der Regierung überdauerte kaum den Himmelssturz der Revolution, und zwischen den drei Parteien, die die Werkmeister des neuen Systems waren, kam es bald zu Unstimmigkeiten. Die Nation hat sich der Revolution angeschlossen in dem Glauben, daß deren Urheber in unauf lösbarer Eintracht zusammenstehen werden, um mit fester Hand Ordnung in das Chaos zu bringen, das sie entfesselt hatten müssen, um das Land auf der Bahn der inneren Konsolidierung aus der Weltkrise in eine bessere Zukunft zu führen. Aber bald mußte das Volk erkennen, daß diese Parteien nur einig sein konnten in der Zerstörung, nicht auch im Aufbau, daß sie nicht einen festen Bund eingegangen waren, sondern nur einen flüchtigen und brüchigen Burgfrieden, der, so wie es auf schöpferisches Wirken ankam, durch den rasch wieder auflebenden Geist der Zerküftung über den Haufen geworfen wurde. Die regierenden Parteien verstanden einander nicht; wie sollte das Land sie verstehen? So entstanden im Schoße der Regierung partielle Krisen, begleitet von tiefergehenden Gärungserscheinungen, und nun sind wir seit Tagen mitten in einer schweren und allgemeinen Regierungskrise, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist.

In diesem Augenblick ruht die ganze müde Stadt. Auf den Straßen flackern nur hier und da ärmliche Lichter, sonst überall tiefe, stumme Finsternis. Nur oben, in der Burg, im Palais des Ministerpräsidenten sind grell beleuchtete Fenster, wie rötliche, entzündete, übermächtige Augen, die den erschütternden Schlaf vergebens erhoffen. Und im Palais sitzen die Minister zu Rat und entscheiden über das Schicksal ihrer Regierung, das jetzt das Schicksal des Vaterlandes bedeutet. Leicht haben es die Herren nicht. Die bürgerlichen Minister lehnen es entschieden ab, unter der Hegemonie der Sozialdemokraten weiter zu dienen. Sie haben dabei die bedingungslose Zustimmung der ganzen Bürgerschaft. Denn die Arbeit der Bürgerschaft, die sie im Kabinett vertreten, hat in diesem Lande eine nationale Kultur, wirtschaftliches Leben, Kunst, Literatur geschaffen. Die Vertreter dieser Bürgerschaft können nicht zu Statistenrollen herabgewürdigt werden in dem großen politischen Drama, dessen Verfasser, Regisseure und Protagonisten die Sozialdemokraten sind. Und das wäre nur die Frage des Detonations. Was aber von weit größerer Bedeutung ist: die bürgerlichen Minister können und dürfen nicht die Verantwortung für eine Politik tragen, auf deren Richtlinien sie keinen bestimmenden Einfluß mehr haben und die in ihrem Wesenskern zu ihrer eigenen Ideologie in diametralem Gegensatz steht. Es ist ein Gebot des Bürgerbewußtseins, daß die zur Karolypartei und zur radikalen Gruppe gehörenden Minister fest auf ihrem verneinenden Standpunkt verharren.

Aus der momentanen Lage lassen sich zwei Schlußfolgerungen ziehen. Erstens, daß es den Sozialisten obliegt, die ganze Verantwortung sowohl für die gegenwärtige Situation wie auch für jedwede Gestaltung der Zukunft zu übernehmen. Und zweitens, daß mit einer

Aufgabe erkannt und erfüllt, so bringt sie sich selber in Gefahr und führt das Land in eine Katastrophe, aus der es keine Rettung gibt.

Die Regierungskrise.

Die Mitglieder der Karolypartei hatten gestern abend einen Bogen zirkulieren lassen, in dem die Parteileitung aufgefordert wird, für heute nachmittag 6 Uhr eine Plenarsitzung einzuberufen, damit die Partei zu der politischen Lage Stellung nehme. In der Annahme, daß die Parteileitung diesem Ansuchen willfahren wird, erschienen heute insbesondere die in der jüngsten Zeit in die Partei eingetretenen Mitglieder schon in den frühen Abendstunden in großer Zahl. Doch erfuhren sie zu ihrer Enttäuschung, daß das Parteipräsidium keine Verfügungen zur Einberufung einer Plenarsitzung getroffen hat. Es herrschte deshalb eine ziemlich erregte Stimmung, die noch gesteigert wurde, als die Nachricht kam, daß in der Versammlung der Kommunisten von einem sozialdemokratischen Kabinett mit Alexander Garbai als Ministerpräsidenten als von einer vollendeten Tatsache gesprochen wurde. Ein einflussreiches Mitglied der Partei erklärte, daß die Ernennung eines sozialdemokratischen Kabinetts einen neuen revolutionären Schritt bedeute. Die Regierung und die Nationalversammlung, die zum überwiegenden Teil die bürgerliche Gesellschaft Ungarns repräsentieren, hätten nicht das Recht, die Staatsgewalt der sozialdemokratischen Partei zu übertragen. Das würde mit einer Preisgabe der Bürgerschaft gleichbedeutend sein. Die Sozialdemokraten könnten bestenfalls die Staatsgewalt an sich reißen.

Inzwischen traf Präsident Johann Hoff im Klub ein, und man teilte ihm die Stimmung der Parteimitglieder mit. Er erschien im großen Saal und erklärte, daß er erst jetzt Kenntnis von dem Wunsche der Partei erhalten habe. Für morgen abend ist der Parteiauschuß zu einer Sitzung einzuberufen; er werde indessen den Ministerpräsidenten Karolvi ersuchen, sich vor dem Plenum der Partei über die Lage zu äußern. Er tadelt das ungeduldige Verhalten mancher Mitglieder. Dieses Verhalten sei teilweise daran schuld, daß die Krise sich derart zugespitzt habe. Gestern abend habe er an dem Ministerrat teilgenommen, um im Namen des Nationalrates zur Krise Stellung zu nehmen. Er könne sich über die Einzelheiten dieser Stellungnahme nicht äußern. Er vertritt die Auffassung, daß der große Nationalrat die Staatsgewalt auf die unter Führung des Grafen Michael Karolvi stehende Regierung und den zentralen Nationalrat übertragen habe. Auch das Volksgesetz III bejaht, daß die unter dem Ministerpräsidenten Michael Karolvi stehende Volksregierung mit Unterstützung des Volkzugsauschusses des Ungarischen Nationalrates die oberste Staatsmacht ausübt, bis die verfassungsgebende Nationalversammlung nicht anders beschließt. Infolgedessen habe die Volksregierung die Pflicht, die Leitung der Angelegenheiten des Landes bis zur Einberufung der Konstituante weiterzuführen. Er sei überzeugt, daß Michael Karolvi ein solches sei, die Zügel des Staatskarrens in der Hand zu behalten, auch wenn alle den Karren verlassen. Der morgige Tag sei von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Existenz der Partei, sondern vielleicht für das Schicksal des Landes.

Der für heute nachmittag angekündigte Ministerrat wurde nicht abgehalten. Die Mitglieder des Kabinetts waren bis in die späten Abendstunden bei dem zu Ehren der internationalen Wirtschaftskommission veranstalteten Tee. Gegen halb 10 Uhr abends ließ der Ministerpräsident die Mitglieder des Kabinetts für heute nacht telephonisch zu einer Konferenz zusammenberufen. Einige Minister konnten telephonisch nicht erreicht werden, so daß bis 11 Uhr nur die Minister Binzenz Nagy, Franz Nagy, Ostar Jási, Paul Szende und Alexander Festetics im Ministerpräsidium erschienen.

Die Konferenz der anwesenden sechs Minister dauerte bis halb 1 Uhr nachts.

Wie wir vernehmen, haben die Mitglieder des Kabinetts im Laufe des heutigen Tages dem Ministerpräsidenten Michael Karolvi ihre Demission unterbreitet. Ministerpräsident Karolvi wird dies in der morgigen Sitzung dem Nationalrat mitteilen und zugleich die seinerzeit vom Nationalrat erhaltene Vertrauensmitteilung mit der Ausübung der Volkzugsgewalt in die Hände des Nationalrates zurücklegen. Der Nationalrat wird die Demission der Minister und des Ministerpräsidenten zur Kenntnis nehmen und den Grafen Michael Karolvi betrauen, die Krise einer Lösung entgegenzuführen. Michael Karolvi wird die Mitglieder des Kabinetts ersuchen, die Geschäfte provisorisch weiterzuführen. Graf Karolvi wird dann unverzüglich mit den politischen Parteien, vor allem mit der sozialdemokratischen Partei in Unterhandlungen treten.